

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 29.01.2013**

Sitzung Nr. 1 Ö	am Dienstag, 29. Januar 2013
------------------------	-------------------------------------

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Alexander Eger

Gemeinderäte:	Geider Adolf	Köck Siegfried
	Götzmann Walter	Pfleiderer Susanne
	Haffner Gerhard	Rehorst Tobias
	Hanke Dr. Paul	Rössler Beate
	Hecker Roland	Runde Anneliese
	Heger Roman	Schell Achim
	Heger Rudi	Speckert Benjamin
	Heim Andrea	Speckert Ferdinand
	Herling Michael	Stegmüller Reino
	Ittensohn Karl	Vetter Theo
	Klemenz Birgit	Weinlein Albert

Protokollführer:

Gäste: Helmut Braun
Peter Dietz, Sebastian Thome, Werner Kleiber, Angelika Laux, Harry Zorn, Markus Kreibiehl, Herr Krieger (Ing. Büro Hydro-Ingenieure Energie & Wasser GmbH; bis 20:40 Uhr)

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 22:25 Uhr

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 17.01.2013 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 22 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: keine

Es fehlen unentschuldigt: keine

Bürgermeister Dr. Eger gratuliert Gemeinderätin Susanne Pfeleiderer nachträglich zu ihrem Geburtstag.

Gemeinderat Rudi Heger gratuliert Bürgermeister Dr. Eger nachträglich zu dessen Geburtstag.

Sitzung am: Dienstag, 29. Januar 2013 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt: 1
Bekanntgabe der am 18. Dezember 2012 nicht-öffentlich gefassten Beschlüsse.	
Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 18. Dezember 2012	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger gibt die in der Sitzung am 18.12.2012 nicht-öffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

- Einstellung eines Gemeindevollzugsbediensteten
- Einstellung eines Badbetriebsleiters für das Hallenbad „Badespaß“
- Vergabe von Baugrundstücken
- Erwerb des Grundstückes Hauptstraße 113
- Information zur Sanierung „Ortskern III“ Ortsteil St. Leon und zur Sanierung „Ortskern IV“ Ortsteil Rot

Sitzung am: Dienstag, 29. Januar 2013 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt: 2
Bestellung von Urkundspersonen	

Ausführungen und Beschluss:

Turnusgemäß werden die Herren Gemeinderäte Albert Weinlein und Adolf Geider als Urkundspersonen vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Sitzung am: Dienstag, 29. Januar 2013 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt: 3
Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung	

Ausführungen und Beschluss:

Herr **Rolf Müller**, Blumenstraße, erinnert, dass bei der Radwegeplanung und -beschilderung auch er als Bürger der Gemeinde einbezogen war. Er wünscht, dass die Beschilderung bis spätestens Frühjahr dieses Jahres aufgestellt wird, nachdem seit der Beteiligung fast ein Jahr vergangen ist. Er hätte sich gewünscht, dass über den Stand der Radwegführung informiert geworden wäre. Er bittet in dem Zuge darum, folgende Knotenpunkte zu verbessern:

- Querung der Zufahrtsstraße zum Wieslocher Gewerbegebiet im Unteren Wald. Dieser Problempunkt müsste gelöst werden, bevor etwas passiert.
- Ein weiterer neuralgischer Punkt sei die Kreuzung Roter/Mühlwiesenstraße mit der Zufahrt zum St. Leoner See. Eventuell könne dort ein Fußgängerüberweg oder eine Ampel realisiert werden.
- Weiter sollte die Radwegverbindung beim Kreisel Reilinger Straße entweder durch einen parallelen Radweg entlang der Landesstraße oder durch die Verbreiterung eines Weges direkt auf den Kreisel verbessert werden.

- Auch bei der Überquerung der Kreisstraße bei der Feuerwehr St. Leon, die auf den Spielplatzweg führt, sollten Verbesserungen erfolgen, weil es dort sehr unübersichtlich ist.

Herr Müller äußert die Meinung, dass die für die Beleuchtung des Radweges zum St. Leoner See vorgesehenen Mittel besser in die Absenkung der Bordsteine der Radwege investiert werden sollten. Abschließend lobt Herr Müller den schnellen Ausbau des Viehtriebs. Außerdem sei ein Lob auszusprechen für das Herrichten des Weihergartenweges.

Bürgermeister Dr. Eger reicht das Lob an Bauamtsleiter Werner Kleiber weiter, der sich in der Angelegenheit Viehtrieb gemeinsam mit Herrn Klaus Brecht, Stadtverwaltung Walldorf, stark engagiert habe.

Hinsichtlich der Überquerung im Bereich Mühlwiesenstraße war die Verwaltung mit der Verkehrsbehörde schon vor Ort und hat auf eine Ampel-Lösung gedrängt. Eine vor kurzem durchgeführte Zählung habe dazu allerdings nicht die notwendige Anzahl von Querungen ergeben, obwohl speziell die Schulbusse einbezogen waren. Nachdem das Thema noch diskutiert werde, werde man den Freizeitverkehr zum St. Leoner See noch einbringen. Näheres könne Herr Kleiber sagen, genauso zur Querungssituation bei der Zufahrt zur HDM.

Die Beschilderung für die Radwege ist bereits bestellt und es ist zu hoffen, dass sie bis zur Radfahrersaison im Frühjahr aufgestellt ist. Die zeitliche Verzögerung sei von einer Fördermaßnahme verursacht worden, bei der lange unklar war, ob die Gemeinden für diese Maßnahmen einen Zuschuss erhalten können. Dies sei bis zu den Ministerien gegangen, was Zeit gekostet habe.

Zu den angeregten abgesenkten Bordsteinen erklärt **Bürgermeister Dr. Eger**, dass in der Gemeinde in der Regel keine Hochbordsteine vorhanden sind, sondern die Bordsteine generell niedrig ausgebildet wurden. Man werde jedoch die Situation überprüfen.

Bauamtsleiter Werner Kleiber berichtet, dass gemeinsam mit der Stadt Wiesloch, die im Bereich der Verbindung im Unteren Wald Richtung Frauenweiler kostenpflichtig ist, eine Planung durchgeführt wurde, die mit den Behörden abgestimmt ist. Der zuständige Ausschuss bei der Stadt Wiesloch habe bereits im Januar zugestimmt, für St. Leon-Rot sei die Behandlung des Themas in der Februar-Sitzung des Ausschusses Umwelt und Technik vorgesehen. Es sei eine Querungshilfe und eine Aufstellfläche sowie Leiteinrichtungen in Verlängerung des Weges vorgesehen. Dies soll bis zu Beginn der Radfahrersaison umgesetzt werden.

Zur Querung der Roter Straße informiert **Bauamtsleiter Werner Kleiber**, dass jetzt die Ergebnisse der durchgeführten Geschwindigkeitsmessungen und der Zählungen an das Regierungspräsidium übermittelt werden und man werde darauf drängen, dass wegen der querenden Fußgänger und des Freizeitverkehrs zum St. Leoner See etwas passiere.

Herr Michael Hemberger spricht den Schneeräumdienst an und berichtet, dass er jeden Morgen mit seinem Sohn zur Bushaltestelle gehe und diese um 08:00 Uhr noch nicht geräumt ist. Die Bushaltestelle am St. Leoner See, bei der er vorbei jogge, werde überhaupt nicht geräumt. Anhand eines Bildes zeigt er die ungeräumte Zufahrtsstraße zum See.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass die Situation für die Gemeinde schwierig sei, weil ein Teil der Bürgerschaft sich für den Einsatz von Salz, die andere sich dagegen ausspreche, weshalb die Gemeinde versuche, den Mittelweg zu gehen. Es bestehe ein Räum- und Streuplan, der die Straßen in drei Kategorien einteile, die aus der Verkehrssicherungspflicht resultiere, und danach werde geräumt. Es sei aber nicht möglich, alles schnee- oder eisfrei zu machen. Es werde versucht, das Bestmögliche zu erreichen.

Hinsichtlich der angesprochenen Bushaltestellen werde man die Situation überprüfen, weil diese ein Schwerpunkt der Räum- und Streupflicht sind, die in St. Leon-Rot den gesetzlichen Vorgaben entsprechen.

Herr Michael Hemberger weist darauf hin, dass das Räumen der Bushaltestellen um 08:00 Uhr zu spät sei, zumal viele Kinder früher zu den Haltestellen gehen, um den Bus zu erreichen.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass die Gemeinde dies überprüfen werde. Die Bushaltestellen haben hohe Priorität. Allerdings sei das Räumen auch davon abhängig, dass Mitarbeiter und Maschinen komplett zur Verfügung stehen. Hinsichtlich des Außenbereiches sei man übereingekommen, möglichst wenig Salz einzusetzen.

Herr Rolf Müller spricht das Räumen des Radweges Richtung Kirrlach an, der zwischen Parkplatz und St. Leon nicht geräumt werde. Zwar sei die Gemeinde für den Radweg nicht zuständig, könne jedoch beim Landratsamt anregen, dass der Weg der Radfahrer früher geräumt wird.

Sitzung am: Dienstag, 29. Januar 2013 Nr. 1 Ö

Tagesordnungspunkt: 4

Beratung und Beschlussfassung des Gemeindehaushalts 2013

- Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2013

- Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe 2013

- Gemeindewasserversorgung St. Leon-Rot

- Abwasserentsorgung St. Leon-Rot

- Erholungsanlage St. Leoner See

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger weist in seinen allgemeinen Ausführungen auf die bundesweite Finanzsituation hin und bezieht sich dabei auf die Präsentation zum Haushalt 2013, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist. Er geht auf die Schuldensituation und die im Fiskalpakt vereinbarte Schuldenbremse ein.

Anschließend stellt Bürgermeister Dr. Eger die Eckdaten zum Haushalt 2013 vor. Er erwähnt das Volumen des Haushaltes und die zu erwirtschaftende Zuführung zum Vermögenshaushalt in Höhe von 7,8 Millionen Euro. Weiter stellt er die Entwicklung der Gewerbesteuer vor, die die Haupteinnahmequelle der Gemeinde

darstelle.

In seinen weiteren Ausführungen geht er auf die Zusammensetzung der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungs- und des Vermögenshaushaltes 2013 ein und stellt die Finanzierung von Betrieben und Zweckverbandsbeteiligungen dar. Bei den Vorhaben der Finanzplanung 2014 bis 2016 erklärt Bürgermeister Dr. Eger, dass auch wichtige Maßnahmen später vorgesehen sind, weil Kapazitäten und Möglichkeiten der Verwaltung begrenzt sind.

Hinsichtlich der allgemeinen Rücklage sei festzuhalten, dass die Umlageverpflichtungen durch die Rücklage gedeckt sind, allerdings werde der Spielraum der freien Rücklage geringer. Im Rückblick sei festzuhalten, dass die im Zusammenhang mit der Absenkung des Gewerbesteuer-Hebesatzes auf 280 geäußerten Prognosen aus dem Jahre 2006 nicht erreicht werden konnten. Die Gemeinde erziele rund 30 – 32 Millionen Euro Gewerbesteuer, die damalige Prognose sei von Gewerbesteuereinnahmen von deutlich über 50 Millionen Euro ausgegangen. Mit Blick auf die stabilen Einnahmen könne die Gemeinde aber zufrieden sein. Festzuhalten ist, dass die Gemeinde sehr niedrige Steuersätze bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer aufweise. Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass aus Mitteln der Rücklage auch den Eigenbetrieben innere Darlehen gewährt wurden, sodass die Betriebe der Gemeinde fast komplett eigenfinanziert sind. Mit Blick auf die Rücklagen sei auch festzuhalten, dass diese an Wert verlieren, weil die Inflation über dem Habenzins liege. Aus dem Gesichtspunkt seien Investitionen angebracht, wobei man allerdings nicht aus den Augen lassen sollte, dass man sich diese bei den Folgekosten auch erlauben können sollte.

Bei den Feuerwehren ist laut Bürgermeister Dr. Eger darauf hinzuweisen, dass 2013 noch Entscheidungen notwendig werden, weil man sich 2012 auf die Beschaffung der Mannschaftstransportwagen konzentriert und deswegen eine vorhandene Verpflichtungsermächtigung nicht umgesetzt habe. Bei den Haushaltsberatungen 2013 habe man die Verpflichtungsermächtigung wieder aufgenommen, allerdings für das Haushaltsjahr 2014. Nachdem für den vorgesehenen Gerätewagen Logistik keine Zuschüsse möglich sind, weil ein gebrauchtes Fahrzeug beschafft werden soll, soll auf Antrag der Feuerwehr St. Leon darüber entschieden werden, ob die Beschaffung nicht 2013 schon erfolgen könne. Die Thematik habe er in dem Schreiben an die Gemeinderäte dargestellt. Nachdem auch der Feuerwehrbedarfsplan bearbeitet werden müsse, sei vorgesehen, über diesen und vorgesehene Investitionen im Feuerwehrbereich in der März-Sitzung des Gemeinderates zu beraten und zu entscheiden. Auch bei der Feuerwehr Rot sei für 2014 eine Verpflichtungsermächtigung für die Ersatzbeschaffung eines Fahrzeugs enthalten. Dafür werde man nachdem der Haushalt beschlossen ist, einen Zuschussantrag stellen, was bis zum 15. Februar erfolgen muss.

Abschließend bedankt sich Bürgermeister Dr. Eger bei den Mitarbeitern der Kämmerei und den Betriebsleitern der Betriebe, die die Unterlagen bearbeitet haben. Abschließend weist er darauf hin, dass die vom Gemeinderat in einzelnen Beschlüssen entschiedenen Maßnahmen noch in den Haushaltsplan 2013 eingearbeitet wurden.

Der Beitrag von Gemeinderat **Siegfried Köck** wird gemäß § 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Eger, sehr geehrte Damen und Herren, uns liegt ein erfreuliches Ergebnis in diesem Haushalt vor. Der Haushalt für das Jahr 2013 lässt sich ganz grob mit zwei Stichworten umschreiben: Kontinuität in den bestehenden Angeboten, wir werden auch in Zukunft alle bisherigen Leistungen für die Bürger anbieten können- aber auch Aufbruch. Zahlreiche Bauvorhaben, die schon seit längerem in Planung sind, werden nun Gestalt annehmen, zudem sind personelle Erweiterungen vorgesehen, die dafür sorgen werden, dass unsere Gemeinde in wichtigen Zukunftsthemen wie dem Einsatz erneuerbarer Energien oder etwa Leben im Alter gut aufgestellt und fit für die Zukunft ist. Lassen Sie mich diese groben Linien noch einmal im Detail unter die Lupe nehmen.

Der Gesamthaushalt weist eine stolze Summe von 60,2 Mio. € aus, hiervon entfallen 50 Mio. € auf den Verwaltungshaushalt, der Vermögenshaushalt hat das restliche Volumen von 10 Mio. €. Besonders erfreulich ist es, dass wir es dieses Jahr schaffen, eine Zuführung von ca. 7,9 Mio. € an den Vermögenshaushalt zu übertragen. Seit 2008 war dies nicht mehr der Fall. In den zurückliegenden Jahren ist unsere Rücklage stetig geschrumpft. Wir hoffen nun, dass sich eine Stabilisierung der Gewerbesteuereinnahmen in den nächsten Jahren einstellen wird. Die Gewerbesteuer ist wie wir alle wissen grundsätzlich abhängig von der gesamtwirtschaftlichen Lage, sowie der Entwicklung der SAP AG im Besonderen. Die Einkommensteuer, eine für unsere Gemeinde zweite wesentliche Einnahmequelle, steht mit einem Betrag von 6,022 Mio. € im Haushaltsplan. Gegenüber 2012 zeigt dies eine Steigerung von ca. 0,56 Mio. €. Diese zu erwartende Steigerung sehen wir als sehr erfreulich.

Die Ausgaben, besonders die Zuschüsse an Dritte wie Förderbeiträge für die Kinderbetreuung ca. 5,4 Mio., Vereinszuschüsse mit 232 Tsd. €, ÖPNV mit 298 Tsd. € und der Betrieb des neuen Hallenbades mit 691 Tsd. € sind auf ca. 6,9 Mio. € gestiegen. Durch die Landeszuschüsse für die Kinderbetreuung von ca. 2,6 Mio. € relativiert sich dieser Betrag. Auch die zu entrichtende Gewerbesteuerumlage von 7,9 Mio. € und die Kreis- und Finanzausgleichsumlage (FAG) von 15,4 Mio. € in Summe 23,3 Mio. €, sind an das Land bzw. den Kreis zu entrichten.

Bleibt noch festzustellen, dass unsere Gemeinde mit einem Gewerbesteuerhebesatz von 280 v.H. ein sehr attraktiver Standort für Gewerbetreibende ist.

Wir haben viel in der Weiterentwicklung in unserem Ort erreicht. Wichtige Investitionen im Bereich der Kinderbetreuung durch den weiteren Ausbau unserer Kindergärten im Krippenangebot, VÖ-Zeiten und Qualitätsverbesserungen durch Springerkräfte, Tagesmütter, etc. wurden umgesetzt. In der Schulentwicklung hoffen wir, mit der Planung bzw. Einrichtung einer Ganztagschule die richtige Entscheidung getroffen zu haben. Die Jugendarbeit wird durch den Bau eines neuen Jugendzentrums aufgewertet. Die Finanzierung des neuen Ortssanierungsprogrammes, der Bau eines neuen Wasserwerkes, Vorbereitung für die Verlegung der 110 kV-Leitung, Verbesserung unserer Straßen durch notwendige Sanierungsmaßnahmen, wurden begonnen und als Pflichtaufgaben seitens der Freien Wähler im Gemeinderat gesehen. Der Bau eines neuen Seerestaurants und der weitere Ausbau von Mobilhomes in unserer Erholungsanlage wurden vom Rat auf den Weg gebracht. Unsere Feuerwehren in beiden Ortsteilen sind bestens ausgestattet.

Wir sind eine alternde Gesellschaft, so auch in St. Leon-Rot. Die Unterstützung von Menschen mit Demenz, die Wertschätzung ihrer Ressourcen und Fähigkeiten sowie ihr Einbezogensein in das öffentliche Leben sind wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Besonders freut es uns, dass im Bereich Soziales/Demenz im Alter eine Stelle in der Verwaltung geschaffen wurde. Wir sind überzeugt, dass im Rahmen der immer älteren Bevölkerungsstrukturen diese Stelle eine Bereicherung für unsere Bürger ist.

Der Antrag der Freien Wähler zur Einstellung eines Energieberaters hat im Rat Unterstützung gefunden. Hierfür noch einmal ein Dank an alle Fraktionen und an die Verwaltung. Durch diese Stelle werden wir in Zukunft Energiekosten für den Betrieb der gemeindeeigenen Häuser, Schulen und öffentlichen Gebäude Geld sparen. Der Klimawandel drängt zum Handeln. Durch die CO₂-Reduzierung werden wir für die Umwelt einen wichtigen Beitrag leisten. Wir freuen uns auf die ersten Berichte.

Schauen wir auf das Jahr 2013. Die noch offenen Projekte im Investitionsplan sind abzuschließen. Anstehende Pflichtaufgaben, wie die Weiterentwicklung unserer Schullandschaft zur Ganztageschule sind Voraussetzungen für das Bildungsangebot unserer Kinder. Hochbaumaßnahmen von mehreren Mio. € stehen für Schulkindbetreuung sowie Schülerhort in beiden Ortsteilen an. Mit der Fertigstellung des neuen Wasserwerkes, werden wir bei der Versorgung mit Frischwasser auf modernste Technologie zugreifen können. Der Standort und der Bau des neuen Jugendzentrums sind zu verabschieden. Unser Antrag zum Bau eines neuen Jugendzentrums im Jahr 2004 wird nun Wirklichkeit. Die Pilotphase unseres Jugendzentrums an der alten Kläranlage gestaltete sich als erfolgreich. Durch die Rückmeldung der verantwortlichen Betreiber und den Jugendlichen wird es nun Zeit, die beengten Räumlichkeiten und die Örtlichkeit zu verbessern.

Die Lärmschutzmaßnahmen an der Autobahn (Ost und West) werden wir versuche, in Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium zum Wohle unserer Bürger umzusetzen. Der Ausbau des ÖPNV wird hervorragend angenommen und sollte auch weiterhin im Fokus bleiben. Bei der neuen Ausschreibung müssen wir versuchen, weitere Verbesserungen für unsere Bürger zu erzielen. Die Unterstützung unserer Vereine und sozialen Einrichtungen, die Unterstützung der Gewerbetreibende sowie die Unterstützung der notwendigen Maßnahmen im Flurneuordnungsverfahren sind uns ebenfalls sehr wichtig.

Die Eigenbetriebe sind zurzeit mit zirka 14,8 Mio. € an Krediten vom Kernhaushalt ausgestattet. Die inneren Kredite sind somit ein Betrag, um die Gebührensätze positiv für die Bürger zu beeinflussen.

Die genannten Punkte sind Beispiele, diese gehören zur notwendigen Infrastruktur und beschreiben die Lebensqualität einer Kommune. Mit den Investitionsmaßnahmen wird unsere Gemeinde weiter in der Attraktivität steigen. Wir alle können darauf stolz sein, wenn wir den gewohnten Standard heutzutage halten bzw. weiterentwickeln können. Das kann in der heutigen Zeit nicht jede Gemeinde realisieren.

Fassen wir zusammen: Die Gesamtsteuereinnahmen werden dringend benötigt für die stetig steigenden Ausgaben an Pflicht- und Wunschausgaben und den wieder anstehenden Umlageverpflichtungen an das Land. Die Ausgaben sind weiterhin mit hoher Verantwortung immer wieder neu zu bewerten. Wir haben in der Haushaltsberatung bewiesen, dass wir es können. Wir, die Fraktion der Freien Wähler, möchten uns weiterhin für eine nachhaltige Ausgabenpolitik einsetzen. Unser oberste Priorität ist es nach wie vor Rücklagen zu schaffen, damit wir die Umlageverbindlichkeiten 2013 von einer stolzen Summe in Höhe von 41.4 Mio. € aus den Rücklagen bestreiten können.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Eger, wir bedanken uns bei Ihnen, unserem Kämmerer Herrn Harry Zorn und Herrn Sebastian Thome für die hervorragende und übersichtliche Erstellung des Haushaltes 2013. Ein Dank gilt aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der anderen gemeindlichen Ämter, die der Kämmerei ebenfalls kräftig zugearbeitet haben und die erforderlichen Zahlen lieferten. Heute möchten wir einen Dank an die gesamte Verwaltung und Gemeinderat für die Unterstützung unserer Ziele aussprechen. Dabei wollen wir den eingeschlagenen Weg mit Maß, Mitte und Weitblick einhalten, das heißt, weiterhin Zurückhaltung auf der Ausgabenseite für die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen einer Kommune und der Bereitstellung der Gelder für die Umlageverpflichtungen und neuen Herausforderungen, um diese zu decken. Wir, die Fraktion der Freien Wähler, werden dem Haushalt 2013 zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Laut **Gemeinderat Siegfried Köck** hat seine Fraktion eine Anregung zum Wirtschaftsplan St. Leoner See. Der vorgeschlagene Einbau der Rutsche wäre noch im Gemeinderat zu entscheiden, gleiches gilt für die Anschaffungen der Feuerwehren, die gemeinsam mit dem Feuerwehrbedarfsplan im März im Gemeinderat zu behandeln wären. Er äußert die Zustimmung seiner Fraktion zum Haushalt und bedankt sich für die Aufmerksamkeit.

Bürgermeister Dr. Eger bedankt sich für das ausgesprochene Lob und erklärt, dass er die Stellungnahme so auffasse, dass zunächst keine Änderungen am Haushaltsplan erfolgen sollen. Die Entscheidung solle im März erfolgen. Für die Rutsche sei von Verwaltungsseite her eine Einzelentscheidung vorgesehen.

Zur Demografie in St. Leon-Rot erklärt Bürgermeister Dr. Eger, dass erfreulicherweise noch ein Geburtenüberschuss vorhanden sei, sodass St. Leon-Rot nicht nur durch Zuzug wachse.

Gemeinderat Roman Heger geht für seine Fraktion auf die Eckpunkte des Haushaltes ein. Als erstes müssen die Rücklagen die Umlageverpflichtungen abdecken, weiter weise der Kernhaushalt keine Fremdkredite auf. Vielmehr könne der Kernhaushalt den Betrieben der Gemeinde Kredite zur Verfügung stellen. Wichtig sei auch, dass die Gemeinde ihren Pflichtaufgaben nachkommen könne, dabei sind die größten Investitionen bei der Kinderbetreuung festzustellen. Auch die freiwilligen Leistungen werden dieses Jahr den Haushalt in Anspruch nehmen, die dieses Jahr in einem Ortsteil realisiert werden. Weitere Investitionen sind geplant, jedoch solle darauf geachtet werden, dass zunächst die begonnenen abgearbeitet werden. In der Finanzplanung seien einige Vorhaben enthalten, mit denen seine Fraktion noch nicht einverstanden sei, weshalb darüber diskutiert werden müsse. Bei den Eigenbetrieben Wasser und Abwasser sei der Preis erhöht worden, der im Moment noch stabil ist. Aufgrund der bevorstehenden Investitionen wisse man nicht, wie weit die derzeitigen Mittel halten, für 2015 sei eine Erhöhung zu erwarten. Beim Eigenbetrieb St. Leoner See müsse dieses Jahr das Restaurant nach langen Beratungen gebaut werden. Bei der Freiwilligen Feuerwehr soll hinsichtlich der zusätzlichen Maßnahmen vorgegangen werden wie vorgeschlagen.

Abschließend erklärt Gemeinderat Roman Heger die Zustimmung der CDU-Fraktion St. Leon-Rot.

Gemeinderat Ferdinand Speckert bestätigt die Sichtweise des Bürgermeisters, wonach sich die gute Konjunktur auf der Einnahmenseite des Haushaltes darstelle. Daraus resultiere ein enormer positiver Handlungsspielraum. Über die geleistete Arbeit könne man sich genauso freuen, wie über den Anstieg der Einnahmen in den beiden letzten Jahren und den damit verbundenen Handlungsspielraum. Wie der Presse zu entnehmen sei, ist dieser bei größeren Städten in der Umgebung trotz früher hoher Gewerbesteuererinnahmen heute nicht mehr gegeben. Trotz allen Streits in der Sache konnten die Pflichtaufgaben erfüllt werden, die im sozialen Bereich, im Bereich der Schulen, der Kindergärten, im Bereich Verkehr liegen. Dies sollte auch in Zukunft der weitere Weg sein. Deshalb sei erfreulich, dass dieses Jahr eine positive Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt in Höhe von ca. 8 Millionen Euro erwirtschaftet wurde, die zur Finanzierung eigener Vorhaben verwendet werden können. Es sei auch erfreulich, dass die Rücklage mit einem Betrag von 1,3 Millionen Euro gestärkt werde.

Gemeinderat Ferdinand Speckert erklärt die Zustimmung zu dem ausgewogenen Haushalt 2013.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass dies der letzte kamerale Haushalt sein soll, ab 2014 soll der Plan wenn alles funktioniere in der Doppik erstellt werden. Dazu müssten noch Vorarbeiten von Verwaltung und Gemeinderat geleistet werden, damit der Haushalt weiter verständlich ist. Er weist hinsichtlich der Gewerbesteuererinnahmen darauf hin, dass es sich dabei um allgemeine Steuereinnahmen, nicht die einer einzelnen Firma handle. Falls sich Zahlen auf eine einzelne Firma beziehen, wird auf veröffentlichte Zahlen zurückgegriffen.

Gemeinderat Roland Hecker bedankt sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Die Haushaltssatzung zeige mit der Aussage, dass keine Kreditaufnahmen erforderlich sind, die langfristige Denkweise auf der Ausgabenseite. Weiter könne festgehalten werden, dass die Gemeinde im Jahre 2016 einen Haushalt ohne Schulden darstellen könne. Dies sei eine Leistung, die sowohl von Verwaltung wie auch vom Gemeinderat getragen wurde. Wesentlich dazu werde von den Maßnahmen auf der Ausgabenseite beigetragen. Erfreulich sei trotzdem, dass die von der FDP angestoßene Ortskernsanierung durchgeführt werden könne. Mit Freude sei festzustellen, dass versucht werde, Lärmschutzmaßnahmen auf beiden Seiten der Autobahn zu ermöglichen. Betrachte man die Einnahmenseite, die zu 64 % von der Gewerbesteuer gespeist werde, sei eine Abhängigkeit von einem Unternehmen festzustellen. Daraus ergebe sich keine Verlässlichkeit für die kommenden Jahre. Aufgrund der fehlenden Sicherheit sei es notwendig, mit Maß und Ziel Investitionen für die Bürger anzusetzen.

Seine Fraktion begrüßt, dass das Jugendzentrum geplant wird, die Gebäude an der Parkringschule für die Kinder und Jugendlichen entstehen, der Umbau des Schwimmbades St. Leon voran geht und die Infrastruktur verbessert wird. Erfreulich sei auch, dass der Gewerbesteuersatz niedrig ist wie auch die Gebühren für Wasser, Abwasser usw. Auch der ÖPNV ist zu erwähnen, der mit der Verbindung zum Bahnhof Neulußheim mit den Zwischenstationen verbessert wurde. Für die FDP-Fraktion signalisiert Gemeinderat Roland Hecker Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsplan.

Bürgermeister Dr. Eger bestätigt nicht nur die Abhängigkeit von der allgemeinen Wirtschaftssituation, sondern auch von anderen Sonderfaktoren, da die Gewerbesteuer gewinnabhängig sei. Da hier ein Unternehmen maßgebend sei, müsse die Gewinnentwicklung des Unternehmens beobachtet werden, auch wenn Möglichkeiten bestehen, durch Maßnahmen wie Übernahmen den Gewinn zu mindern. Daraus können trotz allgemein guter wirtschaftlicher Lage Rückgänge bei den Einnahmen zu erwarten sein.

Gemeinderätin Andrea Heim dankt den am Haushalt Beteiligten und zeigt sich auch für ihre Fraktion erfreut, dass eine Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt erwirtschaftet werden konnte. Positiv sei auch, dass die Höhe der Rücklage ausreiche, Umlageverpflichtungen aus zwei Jahren abzudecken. Das Geld aus den Krediten an die Eigenbetriebe fließe über die Tilgung wieder an die Gemeinde zurück.

Abschließend signalisiert sie die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Beschlussvorschlag.

Gemeinderat Walter Götzmann erklärt, dass es sich beim Haushalt um ein schwieriges Thema handle. Überall in Presse und Statistik erscheine der Begriff der „Pro-Kopf-Verschuldung“. Diese aussagekräftige Zahl habe er heute bei den Ausführungen vermisst. Deshalb frage er, mit welcher Pro-Kopf-Verschuldung die Gemeinde in den Statistiken des Landes erscheine.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass die an den Gemeinderat zu internen Zwecken ausgeteilte Schuldenstatistik fehlerhaft war. Für die Gemeinde stelle es sich so dar, dass die Gemeinde im Kernhaushalt schuldenfrei ist. Die gesamten Verbindlichkeiten der Betriebe und Gesellschaften belaufen sich auf rund 16 Millionen Euro, wovon rund 15 Millionen Euro als innere Kredite von der Gemeinde stammen. Daraus resultiere eine Pro-Kopf-Verschuldung aus den Betrieben von rund 1.000 bis 1.100 Euro.

Gemeinderat Ferdinand Speckert weist darauf hin, dass in die Überlegungen auch die Kredite bei Zweckverbänden etc., denen die Gemeinde angehört, berücksichtigt werden sollten.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass er aus zeitlichen Gründen auf die Einzelvorträge zu den Betrieben bisher verzichtet habe, dies könne aber gerne nachgeholt werden, wenn der Gemeinderat dies wünsche. Die entsprechenden Unterlagen zu den Wirtschaftsplänen seien auch in den Unterlagen zum Haushalt enthalten, sodass der Gemeinderat informiert ist.

Nachdem seitens des Gemeinderats die Information nicht gewünscht ist, stellt **Bürgermeister Dr. Eger** den Beschlussvorschlag laut Vorlage zur Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. **Die Haushaltssatzung 2013 mit Haushaltsplan wird erlassen.**
 2. **Die Wirtschaftspläne 2013 der Eigenbetriebe**
 - a) **Gemeindewasserversorgung St. Leon-Rot**
 - b) **Abwasserentsorgung St. Leon-Rot**
 - c) **Erholungsanlage St. Leoner See**
- werden beschlossen.**

Sitzung am: Dienstag, 29. Januar 2013 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt: 5
Ersatzbeschaffung des BHKW auf der Kläranlage hier: Auftragsvergabe	

Ausführungen und Beschluss:

Der technische **Betriebsleiter Markus Kreibiehl** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. Er weist darauf hin, dass in der Auftragssumme die Kosten für den Vollwartungsvertrag nicht enthalten sind.

Bürgermeister Dr. Eger begrüßt Herrn Krieger vom Ing. Büro Hydroingenieure Energie & Wasser GmbH, der technische Fragen beantworten könne.

Gemeinderat Karl Ittensohn erklärt die grundsätzliche Zustimmung seiner Fraktion. Allerdings sei die Frage aufgetaucht, weshalb nur entfernte Anbieter Angebote abgegeben haben und die örtlich näheren, die ebenfalls schon größere BHKW-Anlagen gebaut haben, nicht beteiligt wurden. Nicht nachvollziehbar sei auch, weshalb nicht bei den Wartungskosten an näherliegende Firmen gedacht wurde, weil die Entfernung sicher eine Rolle bei den Wartungskosten spiele.

Tiefbauingenieur Markus Kreibiehl weist darauf hin, dass die Beteiligung örtlicher Firmen an öffentlichen Ausschreibungen nicht beeinflusst werden könne. Zur Wartung sei festzuhalten, dass die BHKW-Hersteller in der Regel Niederlassungen im Regionalbereich mit der Wartung beauftragen. Die Wartungskosten orientieren sich an den Wartungsstunden, so dass man auf Kosten von rund 12.000 Euro pro Jahr kommen werde.

Herr Krieger vom Ing. Büro Hydroingenieure Energie & Wasser GmbH erläutert, dass die Örtlichen in der Regel Erdgas-BHKW's installieren. Bei dem BHKW für die Kläranlage handelt es sich um eine klärgasbetriebene Einheit, deren Installation technisch sehr schwierig sind.

Gemeinderat Gerhard Haffner signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion und fragt, warum die Wartungskosten nicht in der Ausschreibung enthalten und berücksichtigt sind. Bei Los 2 sollten Schnittstellen gegeben sein, damit auch örtliche Anbieter sich beteiligen können.

Herr Krieger erklärt, dass die Wartungskosten verbindlich abgefragt wurden und dies sei wichtig für die Wirtschaftlichkeit, weil diese weniger von den Investitionskosten, als von den Betriebskosten abhängen. Die Berücksichtigung der Wartungskosten über 10 Jahre hätte auch die Auftragssumme gesprengt, außerdem habe man die Möglichkeit, die Wartung zu vergeben oder ganz oder teilweise selbst zu übernehmen. Sein Büro empfiehlt, den Vollwartungsvertrag zu vergeben, zumal der Preis im Wettbewerb ermittelt wurde.

Gemeinderat Dr. Paul Hanke signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zu den Ersatzbeschaffungen. Er fragt, welche Komponenten der Auftrag insgesamt umfasst.

Herr Krieger informiert, dass die Maschine 70.000 Euro kostet. Zusätzlich kommen Wärmetauscher, Kühlung, Motorumwälzung und Abwärmeabfuhr sowie Schaltschrankautomatisierung und Elektrotechnik hinzu, so dass die Auftragssumme zusammen komme. Weiter sind die Installationsarbeiten dabei wie auch Vorrichtungen, die Abwärme in die Halle zu leiten, um diese zu heizen und Energiekosten zu sparen.

Bürgermeister Dr. Eger stellt den Beschlussvorschlag laut Sitzungsvorlage zur Abstimmung:

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag zur Erneuerung des Blockheizkraftwerks mit einer vorläufigen Auftragssumme von 184.421,92 € an die Firma Kuntschar und Schlüter aus Wolfhagen zu vergeben.

Sitzung am: Dienstag, 29. Januar 2013 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt: 6
--	------------------------------

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen Beschluss:

Der im Juli 2011 vom Gemeinderat für Maßnahmen des Sportschützenvereins Rot beschlossene Zuschussbetrag von 15.170 € wird überplanmäßig bereitgestellt.

Sitzung am: Dienstag, 29. Januar 2013 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt: 7
--	------------------------------

Bebauungsplan „Hauptstraße 49 – 85, 1. Änderung

- hier:**
- 1. Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans**
 - 2. Annahme des Entwurfs**
 - 3. Weiteres Verfahren**

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag für die Tagesordnungspunkte 7 und 8.

Die **Gemeinderäte Theo Vetter, Gerhard Haffner, Benjamin Speckert, Rudi Heger** und **Andrea Heim** stimmen namens ihrer Fraktionen dem Beschlussvorschlag zu. In ihren Stellungnahmen kommt zum Ausdruck, dass die Entlastung des Kindergartenweges hinsichtlich Zu- und Abfahrt begrüßt wird. Damit werde ein Gefahrenpunkt entschärft, die unübersichtliche Situation beseitigt und das dortige im Bereich der Sanierung liegende Gebiet aufgewertet.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

- 1. Die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes „Hauptstr. 49 – 85“ wird beschlossen. Das Verfahren erhält die Bezeichnung „Hauptstr. 49 – 85, 1. Änderung“.**
- 2. Der Entwurfsplan des Büros Modus Consult aus Karlsruhe vom 08.06.2012 (siehe Unterlagen AUT vom 11.12.2012) wird angenommen.**
- 3. Die Verwaltung wird mit der Durchführung des weiteren Verfahrens beauftragt, unter anderem mit der ortsüblichen Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses nach § 2 Abs. 1 S. 2 BauGB und der Bekanntmachung nach § 13 a Abs. 3 BauGB, dass der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden soll, sowie der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Fachbehörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 BauGB.**

Sitzung am: Dienstag, 29. Januar 2013 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt: 8
--	------------------------------

Örtliche Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Hauptstraße 49 – 85, 1. Änderung“

- hier:**
- 1. Erlass einer separaten Satzung**
 - 2. Weiteres Verfahren**

Ausführungen und Beschluss:

Sachvortrag und Aussprache siehe Tagesordnungspunkt 7.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

- 1. Die Örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Hauptstraße 49 – 85, 1. Änderung“ werden als separate Satzung erlassen.**
- 2. Die Verwaltung wird mit dem weiteren Verfahren beauftragt, unter anderem mit der ortsüblichen Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses nach § 2 Abs. 1 S. 1 BauGB und der Bekanntmachung nach § 13 a Abs. 3 BauGB, dass der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden soll, sowie der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB.**

Sitzung am: Dienstag, 29. Januar 2013 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt: 9
--	------------------------------

Lärmschutz an der BAB 5

hier: Ergänzende freiwillige Maßnahmen durch die Gemeinde

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger informiert grundlegend zum bisherigen Verlauf und zur Bürgerversammlung.

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. Er erwähnt, dass die vorhandene Lärmschutzwand auf der Westseite abgebaut wird, weil sie statisch keine Erhöhung ermöglicht. Diese Wand wird durch eine 6 m hohe Lärmschutzwand ersetzt, die in beiden Richtungen um 150 bzw. 200 m erweitert wird. Außerdem wird die Park- und WC- Anlage mit einer Lärmschutzwand versehen.

Bürgermeister Dr. Eger ergänzt, dass es darum gehe, die Vorschläge der Gemeinde zu untersuchen und Auskunft darüber zu erhalten, ob dies realisiert werden kann, und welche Kosten zu erwarten sein werden. Nach der Planung könne der Gemeinderat über eine Maßnahme, eventuell mit Entscheidungsalternativen, beraten und beschließen.

Gemeinderat Karl Ittensohn begrüßt, dass sich in der Sache Lärmschutz etwas bewege und dankt der Verwaltung, dass diese mit Ausdauer an diesem Thema geblieben ist. Er habe sich die Unterlagen der Lärmkartierung heruntergeladen und festgestellt, dass sich die Lärmsituation im Bereich St. Leon-Rot verschoben

habe. Er bittet darum, dieses Thema mit dem Regierungspräsidium zu klären. Genauso wie die Frage der Erweiterung der Autobahnen auf insgesamt sechs Spuren, was sich auch im Bereich St. Leon-Rot auswirke. Damit soll vermieden werden, dass die von der Gemeinde initiierte und bezahlte Lärmschutzwand in wenigen Jahren wieder abgerissen werden muss. Er bittet weiter zu prüfen, ob die Höhen der vorgesehenen Lärmschutzwände und deren Länge nicht auf beiden Seiten übereinstimmen sollen. Damit soll eine stärkere Reflexion in Richtung der niedrigeren Lärmschutzwand vermieden werden. Zu klären sei auch die Frage, ob für die Vorfinanzierung der Gemeinde eventuell später eine Bundesfinanzierung möglich ist.

Abschließend erklärt Gemeinderat Karl Ittensohn die Zustimmung seiner Fraktion zu der Maßnahme und dem Vorgehen.

Bürgermeister Dr. Eger sagt die Aufnahme der angesprochenen Punkte für die Verhandlungen zu. Er rechnet nicht damit, dass größere finanzielle Beteiligungen des Bundes erfolgen werden, vielleicht könne aber eine kleinere möglich werden. Eventuell könnten die Mittel für passive Lärmschutzmaßnahmen einfließen. Es handle sich bei der Lärmschutzmaßnahme des Bundes laut Regierungspräsidium um eines der größten Projekte in diesem Bereich, das insgesamt rund vier Millionen Euro kosten wird.

Gemeinderat Gerhard Haffner erinnert daran, dass seine Fraktion den Antrag gestellt habe, Planungskosten in den Haushalt aufzunehmen, was von der Verwaltung ebenfalls vorgesehen war. Er erinnert an die Information bei der Bürgerversammlung, in der dargestellt wurde, dass aus unterschiedlichen Höhen der Lärmschutzwände keine Beeinträchtigungen folgen. Er gehe davon aus, dass ein finanzieller Ausgleich für die vorgesehenen Fenster an die Gemeinde gewährt wird.

Gemeinderat Gerhard Haffner stimmt für seine Fraktion dem Beschlussvorschlag mit den noch zu klärenden Punkten zu.

Der Beitrag von **Gemeinderat Ferdinand Speckert** wird nach § 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen:

Sehr geehrter Herr Dr. Eger, auch wir begrüßen grundsätzlich die Aktivität der Gemeindeverwaltung, dass man hier bei dem leidlichen Punkt Lärmschutz ein Stück weiter kommen. Ich darf daran erinnern, wir hatten hier vor Jahrzehnten das Thema oder das Problem des Verkehrs und da sind wir auch nicht blind reingestolpert, sondern das ist nicht über Nacht gekommen sondern hat sich entwickelt und wir brauchten entsprechend Gutachten also Fakten, um einfach hier Maßnahmen umsetzen zu können, um eine Linderung zu erreichen. Und auch an der Stelle sage ich, wir brauchen Fakten, wir brauchen entsprechende Messungen und zwar beidseitige Messungen des Lärmpegels auf der westlichen und auf der östlichen Seite. Und das was hier bisher als Grundlage definiert wurde, das sind die berühmten mathematischen Messungen. Ich behaupte, die stimmen nicht. Ich sage, jeder schaut abends Fernsehen, Wetterbericht, ja wir haben 90- 95 % Westwind, d.h. die ganzen Emissionen und Lärmpegel, die gehen auf die Ostseite. Und dann kommt hier mit Respekt ein Herr Beamter vom Regierungspräsidium und erklärt, wir brauchen hier einen Lärmschutz, eine einseitige auf der Westseite. Ich begreife es nicht.

Daher stelle ich den Antrag, dass entsprechend Messungen erfolgen, jawohl Messungen, dass wir entsprechend genau wissen um was es eigentlich geht. Wenn wir schon so viel Geld in die Hand nehmen, ob das jetzt der Bund ist oder das Land oder die Kommune, natürlich muss die Kommune sich einstellen, dass wir hier entsprechend Maßnahmen auch von unserer Seite her in die Wege leiten. Aber grundsätzlich jede Maßnahme, jede Verhandlungsführung ist mal positiv, dass Bewegung rein kommt. Aber ich stelle den Antrag, dass wir hier entsprechend auf Gemeinkosten parallel wie wir das im Verkehr gemacht haben in den letzten Jahren, dass wir hier Messungen erheben. Und an diesen Werten kommt dann kein Mensch vorbei. Und dann haben wir Fakten. Und dann lässt sich entsprechend vertreten, die eine oder andere Baumaßnahme. Und für mich kommen nur beidseitige Lärmschutzmaßnahmen in Betracht. Einseitige Erhebungen sind kontraproduktiv. Das stelle ich an dieser Stelle heute Abend fest. Ich bitte um Aufnahme ins Wortprotokoll. Danke.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass er mit einer solchen Diskussion gerechnet und deswegen im Vorfeld abgeklärt habe, ob das Regierungspräsidium bereit sei, an der Sitzung teilzunehmen, leider ohne Erfolg. Wie in der Bürgerversammlung dargestellt, gehen die Behörden nicht von gemessenen Lärmschutzwerten aus. Dies habe auch das Gespräch mit dem Staatssekretär des Bundesverkehrsministeriums gezeigt, so dass man an solche Messungen nicht zu viele Hoffnungen knüpfen dürfe.

Gemeinderat Michael Herling plädiert ebenfalls dafür, die alte Lärmschutzwand auf der Ostseite zu errichten. Er erinnert an Aussagen in der Bürgerversammlung, wonach bei beidseitigen Lärmschutzwänden auf der Mittelleitblanke weitere Elemente erforderlich werden, um die Lärmreduzierung effektiver zu gestalten. Er bittet darum, dies beim Regierungspräsidium zu klären. Er spricht den im Plan dargestellten Vorschlag für die Platzierung der Lärmschutzwand auf der Ostseite an und erklärt, dass über deren Platzierung noch mal nachgedacht werden sollte, weil der potenzielle Schutz nur ein Gewerbegebiet betrifft.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass die östliche Lärmschutzwand deswegen dort platziert werden soll, damit sie mit der gegenüberliegenden korrespondiert.

Bauamtsleiter Werner Kleiber stellt anhand des der Vorlage beigefügten Plans die vorgesehene Platzierung des Lärmschutzes des Bundes dar. Hinsichtlich des Lärmschutzes auf der Ostseite schlägt er vor, das Regierungspräsidium mit der Prüfung zu beauftragen, ob die Lärmschutzwand an der eingezeichneten Stelle oder Richtung Norden verrückt bessere Wirkung zeige. Durch das Verrücken nach Norden werde der Bereich „Im Schiff“ und „Rosenstraße/Tränkweg“ geschützt. Zu den angesprochenen Daten der Lärmkartierung informiert

Bauamtsleiter Kleiber, dass es sich dabei um berechnete Daten handelt. Es werde also nicht gemessen, weshalb er vorschläge, mit dem Regierungspräsidium darüber zu verhandeln, was geprüft und gerechnet wird. Das Regierungspräsidium arbeite nicht mit Daten der Lärmkartierung sondern arbeite nach RSA-Richtlinien für Straßen.

Gemeinderätin Andrea Heim zeigt das Interesse ihrer Fraktion daran, dass die geplante Lärmschutzmaßnahme umgesetzt wird und die vorhandenen Vorrichtungen wieder verwendet werden. Auch ihre Fraktion habe nicht genau gesehen, was geschützt werden soll. Sie erinnert daran, dass informiert worden ist, dass vier Gebäude von dieser Lärmüberschreitung betroffen wären und fragt, wo diese liegen.

Bauamtsleiter Werner Kleiber antwortet, dass die Gebäude im Bereich „Vorderer Harres“ an der Franziskusstraße liegen.

Bürgermeister Dr. Eger erinnert daran, dass das Regierungspräsidium geäußert habe, dass kein Reflektionslärm Richtung Osten entstehe. Aufgrund der Bedenken der Gemeinde habe man vorgesehen, auch gegenüber einen Lärmschutz anzubringen.

Gemeinderat Theo Vetter erklärt, dass auch die Anwohner auf der Ostseite durch den Lärm belastet sind. Er stimme den Ausführungen von Gemeinderat Ferdinand Speckert hinsichtlich der Lärmmessungen zu und unterstütze diesen. Aufgrund seiner Erfahrungen als Betroffener erklärt er, dass die östliche Lärmschutzwand seiner Meinung nach direkt am Parkplatz Lußhardt beginnen müsse, was er hiermit beantrage.

Bürgermeister Dr. Eger unterbricht den Redner und weist darauf hin, dass er sich als Gemeinderat für die Allgemeinheit äußern könne, jedoch keine Stellungnahme als Anwohner abgeben dürfe, da er dann befangen sei. Er bittet Gemeinderat Theo Vetter, den Antrag zurück zu nehmen und sichert zu, dass das vorgetragene Anliegen im Rahmen der Verhandlungen mit dem Regierungspräsidium geklärt wird.

Gemeinderat Theo Vetter stimmt dem zu.

Gemeinderat Dr. Paul Hanke erklärt, dass seiner Meinung nach die Diskussion zu stark ins Detail gehe. Es gehe grundsätzlich darum zu klären, ob die Elemente der vorhandenen Lärmschutzwand weiter verwendet werden können und nicht darum, wo ein Lärmschutz platziert wird. Weiter gehe es darum, durch Messungen objektive Werte zu erhalten, um bei Verhandlungen die Position der Gemeinde zu stärken. Es sollten jetzt erst einmal die Punkte geklärt werden, die in der Diskussion vorgetragen wurden. In einer weiteren Sitzung könne dann über das Weitere gesprochen werden. Deshalb stelle er den Antrag, dass über die im Beschlussvorschlag enthaltenen konkreten Maßnahmen abgestimmt werde und einen weiteren Antrag, dass mittels Messungen Werte ermittelt werden, die in die Verhandlungen eingebracht werden können.

Gemeinderat Roland Hecker bezieht sich auf die Aussage der Gemeinderäte Dr. Paul Hanke und Ferdinand Speckert und erklärt, dass es im derzeitigen Planungsverfahren um die Frage der Wiederverwertbarkeit gehe und nicht um die Platzierung. Da die Gemeinde die Kostenträgerin für das Aufstellen der östlichen Lärmschutzwand sei, müsse vorher geprüft werden, ob die einzusetzenden Elemente weiter verwendet werden können. Er verweist darauf, dass die wieder zu verwendeten Lärmschutzelemente 30 Jahre alt sind, weshalb Nachfragen wegen der Wirksamkeit notwendig werden. Deshalb sollte zunächst diese Frage geklärt werden und im Anschluss daran das Thema der Platzierung auf der Basis der mit einem Messgutachten ermittelten Werte entschieden werden.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass zusätzlich zum Beschlussvorschlag laut der Vorlage über die Frage zu entscheiden ist, ob der Planungsraum erweitert werden soll. Aus der Aussprache habe sich ergeben, dass dieser die Strecke zwischen dem Parkplatz Lußhardt und dem Gewann „Vorderer/Hinterer Tränkweg“ umfassen soll.

Er stellt den Beschlussvorschlag und die Erweiterung des Planungsraums zur Abstimmung:

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, beim Regierungspräsidium Karlsruhe ergänzende freiwillige Lärmschutzmaßnahmen an der A 5 zwischen dem Parkplatz Lußhardt und dem Gewann „Vorderer/Hinterer Tränkweg“ auf der Ostseite zu beantragen und die entsprechenden Zahlungsübereinkünfte für die Planungsleistungen abzuschließen.

Aufgrund des gestellten Antrages stellt **Bürgermeister Dr. Eger** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Verwaltung wird beauftragt, Angebote für qualifizierte Lärmmessungen einzuholen.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag mit 18 Ja-Stimmen, bei 5 Enthaltungen, zu.

Sitzung am: Dienstag, 29. Januar 2013 Nr. 1 Ö

Tagesordnungspunkt: 10

Standortfestlegung Jugendzentrum und DLRG Garage

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Achim Schell ist befangen; er nimmt während der Beratung und Beschlussfassung im Zuhörer-Raum Platz.

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und führt aus, dass die DLRG St. Leon noch keine konkreten Vorstellungen unterbreitet hat, weil zunächst eine grundsätzliche Entscheidung getroffen werden soll. Deswegen könne nichts zu Umfang und Kosten des Gebäudes gesagt werden.

Ortsbaumeister Peter Dietz stellt anhand des Planes, der der Vorlage beigelegt wurde, die geplante Platzierung des Jugendzentrums bzw. der DLRG-Garage vor. Er erwähnt, dass das vorgesehene Gebiet in einem Bebauungsplan liegt, und weist darauf hin, dass unterhalb des Geländes für das DLRG-Vorhaben ein Gelän-

debruch existiere, so dass das weitere Gelände Richtung Bachbett nicht bebaut werden kann. Er führt aus, dass noch keine Kosten ermittelt wurden, es gehe vielmehr darum, ob die Gebäude dort vorgesehen werden können.

Der folgende Redebeitrag von **Gemeinderat Tobias Rehorst** wird gemäß § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats im Wortlaut in das Protokoll aufgenommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Dr. Eger, bitten auch noch einmal um Aufnahme ins Wortlautprotokoll.

Wir haben hier jetzt zwei Vorhaben vorliegen und ich werde die jetzt auch getrennt behandeln und fange an mit dem Jugendzentrum. Wir freuen uns natürlich sehr, dass es jetzt endlich soweit ist. Der Kollege Köck hat zwar eben gesagt, dass wir bereits 2004 einen Antrag gestellt hatten, die entsprechenden Räumlichkeiten und ein Konzept für eine kommunale Jugendbetreuung im Gemeinderat zu diskutieren und auf den Weg zu bringen. Es hat ein paar Jahre gedauert bis dann eine Mehrheit sich dazu durchringen konnte, ein entsprechendes Vorhaben jetzt eben anlaufen zu lassen. Man hat sich dann erst mal nur auf ein Provisorium geeinigt, das hat dann, glaube ich, im Jahr 2009 begonnen. Statt wie vorgesehen ein Jahr dauert dieser Probezustand inzwischen nun drei Jahre, und wir haben ja gerade vor kurzem erst den Unmut der Jugendlichen über die Situation hier live im Gemeinderat zu hören bekommen. In der Zwischenzeit hat sich in unserem Jugendzentrum eine aktive Jugendarbeit mit zahlreichen Sozialangeboten entwickelt, die die bewährte und von uns sehr geschätzte Jugendarbeit der Vereine und der Kirchen durchaus ergänzt. Wir freuen uns daher, dass der Neubau nun endlich in Fahrt kommt. Der von der Verwaltung vorgeschlagene Standort war von uns auch schon in den Beratungen ins Gespräch gebracht worden. Für ihn spricht die gute Erreichbarkeit z.B. auch mit dem ÖPNV am Rathaus, die Nähe zu der Harres-Sporthalle und zum Schwimmbad, die sicher auch von den Jugendlichen dann entsprechend genutzt werden können. Kritisch sehen wir die Nähe zur Autobahn. Wir bitten hier, dass in der Planung eben auch entsprechend ein Schallschutz und eine entsprechende Belüftung Wert gelegt wird. Wir haben es ja jetzt gerade sehr ausführlich diskutiert, und da braucht man nichts mehr dazu sagen. Mögliche Konflikte mit dem Seniorenzentrum sind ebenfalls zu bedenken. Wir halten aber die Entfernung zwischen beiden Gebäuden für ausreichend. Weiterhin hätten wir die Anregung, die Skater-Anlage ebenfalls langfristig an den zukünftigen Standort zu koppeln, weil die eben ja auch von vielen Jugendlichen hier genutzt wird am bestehenden Standort. Und für die Jugendlichen das auch wichtig war, dass beides zusammen ist. Und wir sind da ja auch dran, die zu sanieren. Dann kann man es ja mal überlegen, ob man die dann entsprechend auch verlegt. Wir bitten darum, dass bei der zukünftigen Planung auch die Nutzer, also Jugendliche und Sozialarbeiter, in alle weiteren Schritte einbezogen werden. Sie müssen schließlich ja dann auch mit dem Gebäude leben. Wir gehen davon aus, dass der Herr Dietz das dann entsprechend in die Wege leiten wird. Im Übrigen stimmen wir dem Verwaltungsvorschlag, was das Jugendzentrum betrifft, zu. Zur DLRG gibt es Folgendes zu sagen: Wir wissen, dass die DLRG seit längerem nach einer Unterbringungsmöglichkeit für ihre Fahrzeuge und für ihre Anhänger sucht. Wir hatten das ja auch mehrfach im Ausschuss für Umwelt und Technik, und da gab es leider bisher keine befriedigende Lösung. Außerdem ist uns bekannt, dass die DLRG inzwischen seit einigen Jahren in die Organisation der Rettungsdienste des Rhein-Neckar-Kreises eingebunden ist und hier wichtige Aufgaben übernimmt. Dafür werden natürlich auch entsprechende Räumlichkeiten und Unterstellmöglichkeiten benötigt. Wir verstehen auch, dass die DLRG den nun vorgeschlagenen Standort bevorzugt. Hier ist eine Verkehrsanbindung in alle Richtungen optimal gewährleistet. Auch die Nähe zum Schwimmbad bietet sich zu Trainingszwecken sicher an. Unklar ist uns allerdings noch, wie sich die DLRG ihr zukünftiges Raumkonzept vorstellt. Das geht noch nicht ganz aus den Unterlagen hervor. Sollen alle bisherigen Einrichtungen an diesen zentralen Standort verlegt werden, was genau ist am Standort Harres angedacht, sind die Ausmaße auf der vorliegenden Skizze realistisch? Sie haben dazu jetzt auch schon was gesagt Herr Dr. Eger, dass es sich hier noch viel in der Planung befindet aber vielleicht kann man da so weit wie möglich hier Informationen da sind, vielleicht doch noch etwas dazu sagen. Ebenfalls offen ist für uns die Frage nach der Finanzierung. Wir gehen aber davon aus, dass es sich hier um eine Maßnahme der DLRG handelt, die nach der üblichen Vereinsförderung der Gemeinde und gegebenenfalls über Zuschüsse des Verbandes abgewickelt wird. Wir bitten hier um Aufklärung, sofern möglich. Eine letzte Frage, die dann doch beide Vorhaben betrifft, ist die nach der Energieversorgung. Lässt sich die Versorgung dieser Gebäude über unser Blockheizkraftwerk am Schwimmbad sicher stellen, das war eine Frage, ob man das hier anbinden kann. Und dann natürlich unser Dauerthema hier, dass man eben bei der Dachausrichtung berücksichtigt, ob die Flächen dann später für Photovoltaik verwendet werden können und für thermische Anlagen. Wir haben ja jetzt einen neuen Mitarbeiter, der dann ja auch in die Planungen mit einbezogen werden kann. Das bitten wir zu berücksichtigen. Ansonsten danke ich für die Aufmerksamkeit und Zustimmung von unserer Seite auch zu dem DLRG-Vorhaben im Grundsatz.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass die Themen Photovoltaik und BHKW-Anschluss geprüft werden. Hinsichtlich des Schallschutzes werde bei Jugendzentrum wohl eher daran gedacht, dass von diesem Lärm ausgehe und nicht umgekehrt. Bezüglich des Außengeländes seien Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden. Auf das Vorhaben der DLRG eingehend erklärt er, dass er dazu nichts sagen könne, weil keine Informationen zum Raumprogramm etc. vorliegen. Hinsichtlich der Finanzierung sei ihm gegenüber angedeutet worden, dass Zuschussmöglichkeiten für das Vorhaben bestehen, zumal die DLRG beim Kreis in den Rettungsverband eingebunden ist. Auf Nachfrage habe die DLRG erklärt, dass zunächst die generelle Entscheidung der

Gemeinde gewünscht ist, bevor sie in weitere Überlegungen hinsichtlich Planung und Finanzierung eintrete. **Gemeinderat Albert Weinlein** sieht in der rasanten Entwicklung des Jugendzentrums den Grund für den vorgesehenen Neubau. Heute gehe es um den Standort, wo das Jugendzentrum platziert werden soll, der sowohl zentral liegen wie auch sicher erreichbar sein soll. Aus den genannten Gründen könne sich seine Fraktion keinen besseren Standort vorstellen, weshalb er diesen unterstütze.

Gemeinderat Benjamin Speckert erklärt, dass seine Fraktion zum vorgeschlagenen Standort des Jugendzentrums keinen Diskussionsbedarf habe. Hinsichtlich des Geländes für die DLRG ergebe sich für sie die Frage, ob der vorgesehene Bereich generell als Vereinsgelände freigegeben werden soll. Außerdem stelle man die Frage, ob im Zusammenhang mit der DLRG der Standort St. Leoner See geprüft wurde.

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass man gemeinsam mit dem Vorstand der DLRG am St. Leoner See war und dabei verschiedene Möglichkeiten besprochen hat. Diese wurde seitens der DLRG nicht weiter konkretisiert und es erfolgte keine Interessensbekundung. Zu den angesprochenen Erweiterungen sei festzuhalten, dass der Vereinszweck in direktem Zusammenhang zum nahestehenden Hallenbad gegeben ist und deswegen der Standort gewählt wurde. Die eventuell vorgesehene Außenlage für das Jugendzentrum und die Tatsache, dass ein Geländebruch zum Bach hin vorliegt, ergibt keine große Fläche für weitere Vorhaben. Zunächst müssen erst die planerischen Voraussetzungen für die beiden Vorhaben geschaffen werden. Die Verwaltung werde die weitere Ansiedlung von anderen Vereinen in dem Bereich nicht forcieren. Der Redebeitrag von **Gemeinderat Michael Herling** wird gemäß § 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen:

Herr Bürgermeister Dr. Eger, meine sehr geehrten Damen und Herren. In der Vorlage steht, die FDP-Fraktion stellt Ende 2010 den Antrag, die Unterbringung des Jugendzentrums zu planen und dafür Mittel in den Haushalt 2011 einzustellen. Als Standort wurde das Gelände des Skateparks vorgeschlagen, wo ein Neubau erstellt werden soll. Leider können wir von der FDP keinerlei Planung oder Untersuchungen zu unserem Standortantrag finden.

Wir sehen den jetzigen Standort als den einzig richtigen an und das aus mehreren Gründen. Das jetzige Jugendzentrum wird an diesem Standort sehr gut angenommen. Der Skatepark kann bleiben. Sie, Herr Dr. Eger, und auch von verschiedenen Fraktionen haben wir das jetzt schon gehört, sind auch der Meinung, dass der Skatepark und das Jugendzentrum unbedingt zusammen gehören. Die gleiche Auffassung teilen wir auch und der Leiter des Jugendzentrums, Herr Michael Knebel, sieht es genauso, weil er hier den perfekten Zugriff auf unsere Kinder und Jugendliche hat. Der Fuß- und Fahrradweg entlang des Kehrgrabens führt direkt zum jetzigen Standort aus Richtung St. Leon und aus Richtung Rot. Zusätzlich wurde die Beleuchtung an diesem Weg für viel Geld ergänzt, um die Kinder und Jugendlichen sicher zum jetzigen Jugendzentrum zu bringen. Das Grundstück auf dem Skatepark ist ca. 3-4 Mal so groß wie der von der Verwaltung vorgeschlagene Standort. Er ist komplett eingezäunt, er ist beleuchtet, für das Fahren mit Inliner oder mit dem Skateboard asphaltiert, und hat zusätzlich noch eine riesen Rasenfläche für andere Bewegungsspiele oder sonstige Nutzungen. Also ein multifunktionales Gelände. Der von der Verwaltung vorgeschlagene Standort liegt direkt an einer Hauptverkehrsstraße zum Industriegebiet an der tagtäglich LKWs hin- und herfahren und somit eine große Gefahr für unsere Kinder und Jugendliche darstellen. Am Kindergarten an der Hinterstraße in Rot wurde eine verkehrsberuhigte Zone eingerichtet und der Zugangsbereich mit Pflanzkübeln abgesichert. Die Schulstraße in St. Leon wird während der Schulzeit mittels rot-weißen Pfostens abgeriegelt, um unsere Kinder und Jugendliche zu schützen. Aber ein Jugendzentrum kann man sich an einer stark befahrenen Hauptverkehrsstraße vorstellen?!

Zu den Ausführungen von unseren Kollegen hier im Rat. Wenn man hier Dinge nutzt vom Herrn Weinlein wie „es liegt hier zentral“, „dann sieht man besser ob die Kinder und Jugendliche irgendwelchen Unfug anstellen“ oder ihnen Unfug zu unterstellen, da muss ich sagen, wenn man so eine Äußerung tätigt, war man noch nicht im Jugendzentrum. Unsere Kinder und Jugendlichen im Jugendzentrum machen ganz tolle Veranstaltungen und ja, sie helfen auch Senioren als Beispiel beim Grünschnitt abladen. Also hier einfach nur so lapidar zu sagen, wenn wir es da vorne hinmachen, dann haben wir sie unter Kontrolle, da machen sie keinen Unfug, sehe ich als eine sehr grenzwertige Aussage an. Gleiches gilt auch für die Zufahrt. Wie eben gesagt, der Kehrgraben ist ein Fuß- und Fahrradweg, hier ist kein PKW zugelassen, die Beleuchtung ist ergänzt worden, also somit eine perfekte Zufahrt. Dass man sagt, ein Jugendzentrum vorne auf die Hauptverkehrsstraße, ich sehe es als grenzwertig, ich sage nicht grob fahrlässig, aber als grenzwertig an. Die Diskussion, dass ein Jugendzentrum an dieser Stelle auch einen Vorteil hätte wenn man dann weiter oben an der Autobahn eine Schallschutzwand hat, ist für mich auch nicht nachvollziehbar, wenn man weiß, dass direkt neben diesem Standort LKWs hin- und herfahren. Dann bringt eine Schallschutzmaßnahme an der Autobahn oben nicht das. Darum stimmen wir gegen den Verwaltungsvorschlag für den Standort des Jugendzentrums und beantragen erneut, den jetzigen Skatepark als Standort für das neue Jugendzentrum, weil es nach den jetzigen oder nach meinen Ausführungen der einzig richtige Standort ist. Nochmals, er ist eingezäunt, er ist erschlossen, der Skatepark ist da, ist asphaltiert, beleuchtet, alles vorhanden. Darum ist es für uns der einzig richtige Standort für das Jugendzentrum. Zum Thema DLRG-Garage gehe ich in ähnliche Richtung. Es hieß, dass wir eigentlich mal für mehrere Vereine einen Platz suchen, die auch Garagen als Lagerfläche bräuchte, vielleicht könnte man hier einen gemeinsamen Standort finden, natürlich noch unter Berücksichtigung, dass die DLRG, was wir jetzt nicht wissen in welcher Größenordnung, ein zusätzliches Gebäude geplant hat. Vielen Dank und Antrag

auf das Wortlautprotokoll.

Bürgermeister Dr. Eger antwortet, dass der Antrag der FDP nach Rücksprache mit ihm zurückgestellt wurde, weil die Aussage kam, dass die AWO nicht wisse, ob sie das Gebäude weiter nutzen wolle. Dies habe sich aber inzwischen anders entwickelt. Es sei zu widersprechen, dass das Gelände des Jugendzentrums direkt an der Straße liege, zwischen Straße und Gelände sei ein Fuß- und Radweg sowie ein Grünstreifen, und außerdem handle es sich nicht um eine Hauptverkehrsstraße. Aus seiner Sicht handle es sich um den idealen Standort. Aus Sicht des Leiters des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung müsse festgehalten werden, dass es in der Vergangenheit schon zu Beeinträchtigungen der Betriebsanlagen gekommen ist. Bisher sei es Glück gewesen, dass keine größeren Schäden eingetreten sind. Es handle sich dort um eine Abwassereinrichtung, die für die Hälfte der Siedlungsfläche zuständig ist. Trotz der inzwischen eingetretenen Sensibilisierung bei den Jugendlichen plädiere die Verwaltung für die Verlagerung an den neuen Standort.

Gemeinderätin Andrea Heim ist erfreut, dass das Thema Jugendzentrum behandelt wird. Sie stellt fest, dass auch der bisherige Standort seine Vorteile habe. Sie fragt, ob die Leitung und die Jugendlichen des Jugendzentrums bei der Frage des Standorts schon eingebunden sind. Sollte dies nicht der Fall sein, müsse man dies noch nachholen.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass es aufgrund der Jugendlichen oftmals schwierig ist, eine verbindliche Erklärung zu erhalten. Gerade beim Jugendzentrum sind wechselnde Besucher und unterschiedliche Altersspannen vor Ort. Er sei gerne bereit, mit den Jugendlichen zu reden, werde aber seinen Standpunkt genauso deutlich vortragen, wie er dies heute tue. Es gebe sicher unterschiedliche Blickwinkel und es könne schwierig werden, die Verantwortung des Betriebsleiters für die Abwasseranlage deutlich zu machen. Der bisherige Standort habe auch baurechtliche Probleme aufgewiesen, während beim neuen Standort leichter eine Baugenehmigung zu erhalten ist. Aus diesen Überlegungen heraus werde er sich nicht für den bisherigen Standort aussprechen.

Gemeinderat Albert Weinlein erklärt, dass der neue Standort für ihn bedeute, dass sich die Gemeinde in diesem Bereich in ihrer Infrastruktur langfristig entwickeln könne.

Gemeinderat Walter Götzmann äußert die Vision einer zentralen Rettungswache, in der alle Organisationen zusammen sind. In Zukunft würden die Vereinsfusionen zunehmen, sodass DLRG, DRK und auch die Feuerwehren betroffen sein können. Er fragt hinsichtlich des Jugendzentrums, ob auch Überlegungen zu einem Mehrgenerationenhaus angestellt wurden, in denen Jugendliche und Ältere zusammen sind.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass dieses Thema bereits im Zusammenhang mit der Gemeindebibliothek angesprochen wurde. Außerdem seien Jugendzentrum und Mehrgenerationenhaus grundverschiedene Dinge. Zur gemeinsamen Rettungswache erklärt Bürgermeister Dr. Eger, dass man dieses Thema bereits 2 - 3 mal mit großer Intensität erörtert habe. Im Gemeinderat sei man zu der Meinung gekommen, die Feuerwehrgerätehäuser zu sanieren und auszubauen. Aus seiner Sicht ist das Thema abgeschlossen und es gebe keinen Grund, dieses alle zwei, drei Jahre wieder aufzugreifen.

Gemeinderat Walter Götzmann erklärt, dass aufgrund seiner Überlegungen für die nächsten 10 bis 15 Jahre besprochen werden sollte, das dortige Gelände für den genannten Zweck zu reservieren.

Laut **Gemeinderat Dr. Paul Hanke** haben sowohl der Standort im Zentrum wie auch der jetzige Standort seine Vor- und Nachteile. Anders sei es beim für die DLRG vorgesehenen Standort, da aufgrund der Arbeit der DLRG der St. Leoner See der geeignete Standort wäre. Er erklärt, dass er dem vorgesehenen zentralen Standort zustimmen könne. Ansonsten gebe es sehr viel Klärungsbedarf, weswegen das Thema vertagt werden sollte.

Bürgermeister Dr. Eger unterstreicht, dass er mit dem Vorsitzenden der DLRG am See war und die Möglichkeiten besprochen hat und angeboten wurde, dies vertieft zu untersuchen. Bis heute sei darauf keine Antwort gekommen, und er könne die DLRG auch nicht zwingen, an den See zu gehen.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass, wenn der Standort des Jugendzentrums als zu nahe an der Straße empfunden wird, dieser auch hinter dem Standort der DLRG am dortigen Weg platziert werden kann. Dies könne man gerne untersuchen.

Gemeinderat Michael Herling bringt die Überlegung ein, die Abwasseranlagen zu überdecken, um Beschädigungen fern zu halten.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass es bisher nicht gelungen ist trotz zweimaliger Erhöhung des Zaunes, Beeinträchtigungen zu vermeiden.

Gemeinderat Michael Herling fährt fort, dass man mit dem durch die Überdeckung eingesparten Geld den derzeitigen Standort gut erweitern könne. Dann ergäbe sich dort der perfekte Standort.

Zum DLRG-Standort führt Gemeinderat Michael Herling aus, dass man wohl davon ausgehen könne, dass beide örtliche Organisationen fusionieren. Dies gehe aus dem Text der Vorlage hervor.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass diese Bezeichnung derzeit nicht zutrefte, aber beide Organisationen mit der Gemeinde ins Gespräch kommen wollen, ob dies allerdings so komme, müsse man abwarten.

Gemeinderat Karl Ittensohn weist darauf hin, dass seine Fraktion den jetzigen Standort des Jugendzentrums wegen der teilweise noch in Betrieb befindlichen Kläranlage nicht als ideal empfunden habe. Man habe nicht nachvollziehen können, dass der zuständige Betriebsleiter dieses Risiko auf sich genommen habe, zumal es jederzeit hätte zu Schäden durch Faulgase etc. hätte kommen können. Hinsichtlich der Gefahren des Straßenverkehrs beim neuen Standort müsse er feststellen, dass dann auch der Standort des Harres kritisch

sei, weil dieser auch von Kindern angefahren wird. Das Einzige am neuen Standort sei, dass die Jugend sich beobachtet fühlen könnte.

Für die DLRG halte er den neuen Standort für besser, zumal diese das ganze Jahr in den Rettungsdienst eingebunden sind. Daraus folge, dass eine Platzierung am See zu weit ist.

Er signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zum Verwaltungsvorschlag.

Gemeinderat Siegfried Köck spricht sich für die zentrale Lage beider Vorhaben aus und erklärt, dass die DLRG Kinder aus beiden Ortsteilen betreut. Hinsichtlich des Jugendzentrums sollte man den Kindern und Jugendlichen zutrauen, dass sie zum Jugendzentrum gelangen können. Durch die nahe Lage zum Seniorenzentrum seien auf ehrenamtlicher Basis auch Kontakte zwischen den Generationen möglich.

Aufgrund der Diskussion schlägt **Bürgermeister Dr. Eger** vor, die Standorte für beide Vorhaben grundsätzlich in diesem Bereich vorzusehen und die Verwaltung mit der Fortschreibung der weiteren Planung zu beauftragen.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag mit 18 Ja- Stimmen, bei 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung, zu.

Bürgermeister Dr. Eger weist wegen der fortgeschrittenen Zeit darauf hin, dass hinsichtlich des Tagesordnungspunktes 11 eine Entscheidung getroffen werden müsse, wenn die Gemeinde Gründungsmitglied sein wollte.

Seitens des Gemeinderates wird keine einheitliche Einstellung deutlich, weshalb Bürgermeister Dr. Eger den Tagesordnungspunkt aufruft.

Daraufhin stellt **Gemeinderat Walter Götzmann** den Antrag, die öffentliche Sitzung zu beenden.

Bürgermeister Dr. Eger stellt diesen Antrag zu Abstimmung:

Der Gemeinderat beschließt mit 11 Ja- Stimmen, bei 9 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen, die öffentliche Sitzung zu beenden.

-/-